



Niederschrift

12. Plenarsitzung des Gemeinderates
21. Juli 2020, 15:30 Uhr
öffentlich
Gartenhalle, Kongresszentrum
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

9.

Punkt 7 der Tagesordnung: Neue Finanzierungssystematik für Kindertagesstätten und Kinderkrippen in Karlsruhe:

Erweiterung der einkommensabhängigen Beitragsreduzierung

Vorlage: 2020/0770

dazu:

Interfraktioneller Änderungsantrag: SPD, GRÜNE, FDP, DIE LINKE., KAL/Die PARTEI

Vorlage: 2020/0905

Beschluss (geändert aufgrund Zustimmung zum Änderungsantrag):

Der Gemeinderat beschließt nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss:

1. Familien mit Erstwohnsitz in Karlsruhe, die mit ihrem Einkommen 20 Prozent der allgemeinen Einkommensgrenze nicht überschreiten, werden auf Antrag ab 1. März 2021 die Elternbeiträge für Kindertagesstätten und Kinderkrippen vollständig erstattet.
2. Familien mit Erstwohnsitz in Karlsruhe, die mit ihrem Einkommen 30 Prozent der allgemeinen Einkommensgrenze nicht überschreiten, werden ab 1. März 2021 auf Antrag 50 Prozent der Elternbeiträge für Kindertagesstätten und Kinderkrippen erstattet.
3. Das Verfahren folgt den Regelungen der Wirtschaftlichen Jugendhilfe.
4. (neu): Der Erstkinderzuschuss wird zeitgleich zum 1. März 2021 um 3% angehoben.
5. (neu): Es findet eine regelmäßige Dynamisierung des Erstkinderzuschusses statt.

Der Gemeinderat stimmt nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss der inhaltlichen Konzeption zu und nimmt die finanziellen Auswirkungen ab dem Haushaltsjahr 2021 zur Kenntnis. Die abschließende Etatisierung im Haushaltplan für das Jahr 2021 ist im Rahmen der Haushaltsberatungen zu beschließen. Damit wird ein Vorgriff auf die Haushaltsbeschlussfassung vermieden.

Abstimmungsergebnis:

Beschlussvorlage (geändert): einstimmig zugestimmt

Änderungsantrag: Bei 31 Ja-Stimmen mehrheitlich zugestimmt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 7 zur Behandlung auf, verweist auf die erfolgte Vorberatung im Jugendhilfeausschuss sowie die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

Bürgermeister Lenz: Zunächst von meiner Seite und meinem Team herzlichen Dank für die anerkennenden Worte. Ich werde Ihr Lob und Ihre Anerkennung nächste Woche vor Ort anbringen, sowohl die Trägerkonferenz mit den wesentlichen Trägern steht in meinem Terminkalender, als auch eine Dankeschönrunde mit zahlreichen Kitas, mit denen ich mich zum Ferienstart zusammensetzen werde.

Ein familienpolitischer Lockdown war für uns alle nicht denkbar. Der Herr Oberbürgermeister hat es eben angedeutet, mit zwei Fortschreibungen nicht nur einer Vorlage waren Sie zeitweise ein Jugendhilfeausschuss. Sie waren es aber auch deshalb, weil der Jugendhilfeausschuss nicht immer vorberaten konnte. Er hätte auch gar nicht so oft tagen können, wie hier im vierwöchigen Rhythmus der Familienpolitik, sprich: der Jugendhilfe Geld zur Verfügung gestellt wurde, um es einmal einfach zu formulieren.

Lassen Sie mich an 2018 erinnern, als der letzte Gemeinderat uns ein ganz großes Vertrauen ausgesprochen hat, insbesondere dem Finanz- und Sozialplanungsteam der Sozial- und Jugendbehörde. Sie haben 5 Mio. Euro bereitgestellt, im Vertrauen, dass wir Schritte Richtung Beitragsfreiheit, was die Kitas anbelangt, unternehmen können sollen. Sehr schnell hatten wir diesen sperrigen Titel. Das war auch kein Problem, da wir mit Ihnen im Unterausschuss des Jugendhilfeausschusses diese Arbeit gemeinsam verrichten. Dieser sperrige Titel „Neue Finanzierungssystematik für Kindertagesstätten und Kinderkrippen in Karlsruhe“ hat auch seinen Sinn. Denn Sie alle wissen, unser sehr modernes innovatives System an Kita-Betreuung bedeutet aber auch ein hoher Komplexitätsgrad, so dass die 5 Mio. Euro nicht gerade mit einer Gießkanne und einer Vorlage Richtung Beitragsfreiheit für alle Kitas zu verwenden waren. Nein, der Teufel – auch das Bild wurde heute schon verwandt – steckte im Detail.

Ich habe es gesagt, der familienpolitische Lockdown war für uns keine Option. Das war kein Lippenbekenntnis. Wir haben uns auch nicht bürokratisch verschanziert oder sonst wie. Deswegen sind wir heute bei einer konzeptionell, wie ich meine, herausragenden Arbeit, die schon fast ihresgleichen sucht. Da bin ich nicht despektierlich allen anderen Vorlagen in meinem Dezernat und allen anderen gegenüber. Aber das hier, liebe Kolleginnen und Kollegen – ich sage bewusst Kolleginnen und Kollegen –, ist schon ganz herausragend, weil wir uns alle, jetzt sage ich es ganz banal, herumschlagen mit dieser Herausforderung, wie treffen wir passgenau mit unseren Hilfen auch Familien, die immer knapp über allen Einkommensgrenzen sind. Da denke ich gar nicht unbedingt an den Karlsruher Pass und soziale Benachteiligung, da denke ich auch nicht an Wohngeld und alles Mögliche. Die Umsetzung dieser Vorlage, wenn Sie dieser heute folgen, kann sich wegen Corona noch etwas verzögern. Dies vor dem Hintergrund der notwendigen Haushaltsdisziplin, die auch in dieser Vorlage von meinem Dezernat durchscheint. Aber das ist mir heute zweitrangig. Denn das ist ein struktureller Schritt. Das ist nicht spontane Liquiditätssicherung in Familien. Das ist tatsächlich an der Kante, wo es diejenigen jetzt „trifft“, die es be-

sonders verdient haben. Ich glaube, da geht bei dem einen oder anderen Sozialpolitiker oder der einen oder andern Sozialpolitikerin heute wirklich das Herz auf.

Sie merken, ich habe selten so euphorisch im Gemeinderat gesprochen. Aber ich halte diese Vorlage für ganz herausragend, auch für die Zukunft. Da spielt es dann auch keine Rolle, ob sie in drei, sechs oder zwölf Monaten kommt. Denn wir werden dann dauerhaft Richtung 50 %, in der Vorlage steht noch 40 %, beitragsfreie Kitafamilien gehen. Das kann sich sehen lassen. Damit würde ich es an der Stelle auch bewenden lassen. Denn 3 % auf der Seite oder der anderen Seite, dafür ist mir das Thema zu überzeitlich, zu gewichtig. Da würde ich den Antragstellern jetzt die Argumentation überlassen, wie es im Jugendhilfeausschuss gute Kultur war und auch weiterhin ist. Man kann nicht jeden Widerspruch auflösen. Das haben wir eben auch gehört. Das heilen Sie dann durch die Abstimmung, wie es so schön heißt. Aber, wie gesagt, ich halte diese Vorlage für ganz herausragend. Deswegen Ihnen vielen Dank für die Idee mit den 5 Mio. Euro. Und vor allem vielen Dank für die Mitarbeit im Arbeitsausschuss Jugendhilfeausschuss. Denn der hat sich umfirmiert quasi zu diesem Begleitgremium, damit wir heute auf diesem Niveau im Gemeinderat diskutieren können. Wie gesagt, deswegen vielen Dank auch für die Anerkennung meiner Behörde. Wir hätten ein Leichtes gehabt, heute zu sagen, Corona ist jetzt wichtiger. Wenn wir wieder Geld und Zeit und Luft haben, machen wir das. Nein, wir wollten an der Stelle wirklich keine Unterbrechung zulassen. Aber dazu haben wir Sie gebraucht. Deswegen noch einmal herzlichen Dank. Verstehen Sie bitte, dass ich heute meine Redezeit bei sechs Beschlussvorlagen lieber auf diesen einen Punkt begrenzt habe.

Der Vorsitzende: Solange die Redezeit nicht versechsfacht ist, wird das sicher jeder akzeptieren.

Stadtrat Bauer (GRÜNE): Von der kleinen Kröte, die zu schlucken war, zum großen sozialpolitischen Tiger. Ich glaube, wir müssen uns damit wirklich nicht verstecken in Karlsruhe. Die Pandemie hat noch einmal deutlich gemacht, welchen hohen Stellenwert frühkindliche Bildung hat, dass das Betreuungseinrichtungen sind, die aber gleichzeitig auch Bildungseinrichtungen sind. Da werden Kinder nicht nur aufbewahrt. Auch hier hat das Thema Gerechtigkeit einen großen Stellenwert. Die Anpassung der Beitragssystematik, die wir heute hier im Haus mitmachen – Sie haben es gerade erwähnt –, ist ein großer Erfolg und auch ein großes Geschenk an viele Eltern in Karlsruhe. Es ist das Ergebnis langjähriger Arbeit. Ich muss meiner Kollegin Renate Rastätter nur ins Gesicht blicken und sehe ihre Freude über dieses Ergebnis heute.

Die Eltern profitieren gleich in doppelter Hinsicht. Zum einen finanziell. Wir haben einen größeren Kreis von Eltern, die die beitragsfreie Kita schon ab dem nächsten Jahr bekommen werden. Heute sind es schon 30 %, Sie haben es erwähnt. Bald sind es 50 %. Das ist ein guter Weg. Und bald ist es ein noch größerer Kreis von Eltern, die in Zukunft nur noch den reduzierten Beitrag zahlen. Wir haben gerade beim letzten Punkt darüber gesprochen, dass Gerechtigkeit und diese Fragen, die gerade im Kitathema so komplex sind, an vielen Stellen ganz schwer nur den Eltern zu vermitteln sind. Das hier ist einfach zu verstehen. Das ist einfach zu vermitteln. Diese bisher komplexe Beitragsrechnung ist jetzt total verschlankt. Für die Eltern ist es leicht nachvollziehbar, ob sie einen Beitrag entrichten müssen. Und wenn ja, welchen. Was nicht nachvollziehbar wäre für die Eltern, da kommen wir zu unserem Änderungsantrag, wäre die Anhebung des Eckbeitrags um 3 %, die dann eine Beitragserhöhung zur Folge hätte. In der aktuellen Situation wäre das aus unserer Sicht den Eltern nicht vermittelbar. Wir haben ein klares Commitment als Fraktion. Wir haben als Gemeinderat mittlerweile ein klares Commitment. Und alle, die es noch

nicht haben, sollten sich dem anschließen, hin zu einem Weg in Richtung Beitragsfreiheit. Deswegen sagen wir, wir müssen den Erstkinderzuschuss in gleicher Höhe anheben, damit die Beiträge für die Eltern nicht steigen, und noch einen drauflegen mit der Dynamisierung, um dieses Commitment weiter in die Zukunft zu tragen, dass die Elternbeiträge nicht mehr steigen. Deswegen bitten wir um Zustimmung aller nicht unterzeichnenden Fraktionen zu unserem Änderungsantrag.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Den Grundstein für die heutige Vorlage haben wir in den letzten Haushaltsberatungen gelegt. Damals war es noch ein bunter Strauß an ganz unterschiedlichen Anträgen aus so gut wie jeder Fraktion. Die einen haben komplette Beitragsfreiheit gefordert, andere nur für einzelne Kindergartenjahre. Ich finde es sehr schön zu sehen, was uns heute als Grundsatzbeschluss auf dem Tisch liegt. Denn es zeigt, dass es uns wirklich wichtig war die letzten zwei Jahre, dass wir gemeinsam an diesem Thema arbeiten, und dass wir einen weiteren Schritt gemeinsam tun zur Entlastung der Familien in unserer Stadt.

Es ist schon gesagt worden, dass wir uns eigentlich nicht verstecken brauchen, weil schon heute 30 % der Kinder in unseren Einrichtungen von den Beiträgen befreit sind, weil wir auch in Karlsruhe die Zweitkinderbeitragsbefreiung haben, die andere Städte nicht haben. Das heißt, wir waren immer schon Vorreiter. Mit dem heutigen Beschluss würden wir einen weiteren Schritt gehen in Richtung einkommensabhängige Beitragsreduzierung. Es wurde auch schon gesagt, das Verfahren, das entwickelt wurde, ist einfach zu verstehen für die Eltern. Das ist uns ganz wichtig gewesen. Denn alles, was zu kompliziert ist, findet wenig Akzeptanz. Auch wenn jetzt noch weitere Dinge erarbeitet werden müssen in der Verwaltung, ich erwähne nur die Standards, wo es auch eine Arbeitsgruppe mit den Trägern gibt, können wir heute den Beschluss fassen.

Unser Anliegen wäre, dass wir es auch schaffen, dieses Thema dann im Haushalt unterzubringen. Da haben wir leider im Moment Bedenken. Deswegen können wir auch nicht verstehen, dass die Kolleginnen und Kollegen einiger Fraktionen den Änderungsantrag eingebracht haben. Aus unserer Sicht ist das ein falsches Zeichen. Wir meinen, wir müssen jetzt den Einstieg schaffen in die einkommensabhängige Beitragsreduzierung. Wir müssen schauen, dass wir das in den Haushalt bekommen. Die weitere Sache durch den Änderungsantrag würde noch einmal 500.000 bis 600.000 Euro zusätzlich kosten. Heute das den Eltern zu verkaufen, als sei das möglich, finden wir unehrlich. Deswegen haben wir uns auch dafür entschieden, diesen Antrag nicht mitzugehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir stimmen heute der Beschlussvorlage zu. Den Änderungsantrag lehnen wir ab. Dann hoffen wir, dass der Haushalt etwas hergibt, dass wir hier einen Spielraum haben, um den Einstieg hinzubekommen.

Stadträtin Melchien (SPD): Den ersten drei Punkten der Beschlussvorlage werden wir sehr gerne zustimmen. Ich kann mich hier vollumfänglich den euphorischen Worten unseres Bürgermeisters Lenz anschließen und für die herausfordernde Konzepterarbeitung auch der Fachverwaltung meinen großen Dank aussprechen. Mit der vorgeschlagenen Regelung können wir – es wurde hier schon mehrfach zitiert – einfach und transparent noch mehr Eltern vollständig oder zumindest spürbar von Beiträgen entlasten. Das ist gut. Außerdem stellt der vorgeschlagene Weg auch für die Verwaltung ein nicht zu kompliziertes Verfahren dar. Wir hoffen, dass es uns gelingt, dass die Eltern davon Gebrauch machen werden, auch wenn sie dafür ihre Einkom-

mensverhältnisse offenlegen müssen. Die Erfahrung der erweiterten Beitragsübernahme durch das gute Kita-Gesetz sind leider ernüchternd. Aber wir bleiben optimistisch.

Auch wenn dieser Vorschlag ein guter Schritt ist, bleiben wir dabei, dass unser langfristiges Ziel die Gebührenfreiheit frühkindlicher Bildung ist. Wir haben gemeinschaftlich interfraktionell in der letzten Haushaltsberatung verkündet, dass wir zu diesem Ziel stehen und dies konkret bedeutet, dass Gebühren nicht steigen, sondern sinken sollen, wohl wissend, dass allgemeine Kosten natürlich weiter steigen. Daher haben wir entsprechende Mittel bereitgestellt. Die Verwaltung verweist richterweise in ihrer Stellungnahme auf unseren interfraktionellen Antrag darauf, dass eine Anhebung des Erstkinderzuschusses zur Entlastung der Eltern bereits 2019 in erheblicher Weise erfolgt ist. Damals hatten wir nach langer Debatte gemeinschaftlich formuliert, dass für das langfristige Ziel der Gebührenfreiheit frühkindlicher Bildung künftige Gebührenerhöhungen sowohl bei städtischen Kindertagesstätten als auch bei denen freier Träger verhindert werden sollen. Es ist also nichts Neues, was wir heute einbringen, sondern es ist die logische Konsequenz dessen, was wir interfraktionell bereits festgelegt haben. Daher verwundern mich auch die Äußerungen meiner Kollegin von der CDU.

Um den beschlossenen und auch öffentlich kommunizierten Weg nun konsequent weitergehen zu können, müssen wir die Verwaltungsvorlage entsprechend ändern und zu der dreiprozentigen Erhöhung des Erstkinderzuschusses auch eine allgemeine Dynamisierung entsprechend der Kostensteigerung beschließen. Ich bin froh, dass wir diesen Schritt in zumindest großer Einigkeit beschließen.

Stadtrat Høyem (FDP): Dieser Beschlussvorschlag ist ungewöhnlich. Man wird nahezu pathetisch, wenn eine große Mehrheit heute diesem Vorschlag zustimmt. Mehrere Jahre haben wir die Beitragsreduzierung für Kindertagesstätten vorbereitet. Heute ist ein erster Schritt, ein Anfang mit klarem Ziel. Es kann zwar lange dauern, bevor wir dieses Ziel erreichen. Aber den Anfang in Richtung beitragsfreie Kitas entscheiden wir heute.

Wir haben mindestens drei Gründe, uns heute zu freuen.

1. Nach mehreren Jahren Arbeit hat sich eine Mehrheit von Fraktionen mit ganz verschiedenen politischen Auffassungen geeinigt, dieses Thema zu priorisieren. Politik braucht nicht immer gegeneinander zu sein. Politik bedeutet auch interfraktionelle Zusammenarbeit ohne Parteiprofilierung, wie heute.
2. Viele politische Entscheidungen sind besonders in dieser Corona-Zeit, was auch Herr Bürgermeister Lenz gesagt hat, tagesaktuelle Lösungen ohne medieninspirierte Profilierungsvorschläge. Heute fangen wir mit einem Langzeitprojekt an, das unsere Gesellschaftsstrukturen ändert.
3. Für mich persönlich ist heute auch ein besonderer Tag. Ich war 13 Jahre lang für große Kitas in mehreren Ländern zuständig. Ich habe die professionelle pädagogische Arbeit mit Respekt gesehen und geleitet. Ich habe wieder und wieder erlebt, wie wichtig der frühzeitige pädagogische Einsatz für den ganzen Bildungsverlauf ist. Ich habe mich geärgert, wenn Kitas nur Betreuungsinstitution genannt und auch so verstanden wurden. Besonders – das sage ich bedauerlich – hier in Deutschland, anders als in vielen anderen europäischen Ländern.

Heute wollen wir die Beiträge für Kitas senken. Aber noch wichtiger ist es, dass wir die Kitas als absolut notwendige und selbständige pädagogische Institutionen wertschätzen. Liebe Eltern, wir vergessen nicht, dass der physische Rahmen und pädagogische Inhalte verbessert werden müssen. Die Zustimmung heute ist auch dafür ein positives Signal. Dieses Thema habe ich zum ersten Mal mit CDU-Stadtrat Günther Rüssel hier im Gemeinderat 2005 diskutiert. Er würde sich heute auch freuen.

Einen kleinen Ärger habe ich. Unsere grünen und sozialistischen Kolleginnen und Kollegen sagen oft, dass die Familien, die heute keine Beitragssenkung erleben, die reichen sind. Wir sprechen über Familien mit monatlichen Einnahmen von 3.450 Euro. Diese Familien sind nicht reich. Die sind gerade die Mittelstandsgruppe, die immer wieder erleben muss, dass gerade sie immer von jeder Unterstützung trotz höherer Steuerzahlungen ausgeklammert wird.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Auch meine Fraktion wird heute, wie in der Vergangenheit, der Verwaltungsvorlage zustimmen. Wir werden allerdings auch diesem interfraktionellen Änderungsantrag, den wir mittragen, zustimmen.

Ich habe mich gemeldet auf eine Einschätzung vom Kollegen Høyem. Ich weiß nicht, ob ich es richtig verstanden habe, dass in Deutschland die Kindergärten nur Betreuungsstätten wären. Habe ich das richtig verstanden? Im Gegensatz zu anderen Ländern in Europa. Mir kam das negativ herüber. Ich glaube nicht, dass man das so stehenlassen kann. Wenn ich sehe, wie professionell, wie pädagogisch in den einzelnen Einrichtungen der unterschiedlichsten Träger gearbeitet wird, dann denke ich, dass Ihre Äußerung mit diesem negativen Touch so nicht stehenbleiben kann.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Natürlich unterstützen auch wir die Vorlage der Verwaltung. Die gebührenfreie Kita ist und bleibt ein ganz zentrales Anliegen unserer Fraktion. Ich finde es schön, dass wir so eine große Mehrheit hinter diesem Anliegen haben, dass wir interfraktionell so harmonisch in den verschiedenen Ausschüssen diskutieren und wir auch die dementsprechend sehr positive Systematik entworfen haben, die uns auch für die Folgejahre nach dem heutigen Beschluss die Grundlage dafür gibt, Stück für Stück dieses Ziel der gebührenfreien Kita in der Zukunft zu erreichen. Es ist überaus positiv, dass wir bereits heute so viele Kinder von den Gebühren der Kita befreien können, und dass wir auch in Zukunft weitere Schritte gehen können, auch wenn es in manchen Fällen erst einmal eine Ermäßigung ist. Aber ich glaube, gerade in diesen Zeiten ist es noch einmal ein wichtiges Signal. Deshalb haben wir uns heute selbstverständlich dem interfraktionellen Änderungsantrag angeschlossen, weil wir an diesem Signal, das wir vor zwei Jahren hier gesetzt haben, auch weiterhin festhalten wollen. Wir wollen das nicht in Kurven erreichen, sondern schon in einer geraden Linie auf dieses Ziel zuschreiten. Deshalb werden wir auch in Zukunft keiner kleinen Erhöhung, in welche Höhe auch immer, zustimmen, sondern schon darauf drängen, dass wir an unserem Ziel, unserer Vision einer beitragsfreien Kita weiter festhalten können.

Herr Høyem, ich kann mich nur Ihren lobenden Worten anschließen. Ich glaube, das Thema Sozialismus besprechen wir einmal anderweitig. Da kann ich Ihnen gerne einmal eine Vorlesung dazu geben. Am Ende kann ich nur sagen, bleibt unser Appell als Fraktion, dass wir auch die Landesregierung ein wenig in der Pflicht sehen. Wir werden Probleme haben. Das haben wir in der Strukturkommission sehr eindeutig aufgezeigt bekommen in Richtung Haushalt der kom-

menden Jahre. Wir gehen in der beitragsfreien Kita natürlich jeden Schritt, der notwendig ist, und werden auch dementsprechend Prioritäten setzen. Aber irgendwo muss die Landesregierung erkennen, dass die Kommunen in dieser Frage nicht einfach allein gelassen werden können und dementsprechend finanzielle Unterstützung brauchen. Da hoffen wir, dass in den nächsten Jahren politische Veränderungen passieren. Deshalb Unterstützung an der Stelle von uns für die Vorlage der Verwaltung in den ersten drei Punkten und dementsprechend zum Änderungsantrag bei Punkt 4 und 5.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Die Einfachheit dieses Antrags ist die große Stärke. Es gab einmal einen Politiker, der sagte, man kann die Steuererklärung auf einem Bierdeckel ausrechnen. Mit dieser Vorlage kann man tatsächlich auf einer Briefmarke ausrechnen, ob man die Zuwendung erhält oder nicht. Es ist ganz hervorragend gelungen. Wir sind auch sehr erfreut über diese einkommensabhängige Beitragszahlung. Ich finde es angemessen, dass wohlhabende Leute nach wie vor einen Beitrag bezahlen. Das trägt durchaus dazu bei, dass die Qualität in den Kindergärten hoch bleibt.

Ich möchte an dieser Stelle kurz an Pfälzer Verhältnisse erinnern. Ich habe mich durchaus erkundigt, wie das in der Pfalz ist. Da ist es so, dass die Eltern gefragt werden, ob sie bei der regelmäßigen Putzarbeit helfen, dass sie zum Beispiel bei Renovierungsarbeiten helfen. Die Eltern sind in einer ganz anderen Weise gefordert. Die Qualität, die wir hier haben, finden Sie dort kaum. Deswegen will ich davor warnen zu sagen, wir legen drauf und drauf. Diese 3 % halte ich für durchaus maßgeblich und für durchaus wichtig. Auch wenn die Vorlage sehr gut ist, aber wenn wir diese 3 % jedes Mal ausgleichen, wird es mehr und mehr mit der Steigerung der Fixkosten. Das heißt, irgendwann müssen wir das mit der ganzen Finanzlage ausgleichen und können es nicht mehr ausgleichen. Was tun wir dann? Wir sparen an der Qualität, an welcher Qualität auch immer. Aber vor dem warne ich. Deswegen sage ich, wir sollten diese einkommensabhängige Beitragszahlung belassen. Das ist sogar eine Stärke, dass hier noch Mittel bereitgestellt werden, die wir sonst nicht hätten. Wenn zum Beispiel eine Alleinerziehende 100 % Nachlass erhält, dann ist es bei 2.150 Euro. Das ist schon ein Wort. Oder 50 % beim Einkommen bis 2.350 Euro. Das ist eine hervorragende Ausgangslage. Wir müssen das nicht immer mehr toppen. Wenn das Land das tut, ich bin sehr mit einverstanden. Aber wir können die Stadt nicht melken und melken, sonst können wir es irgendwann nicht mehr. Die Qualität geht mir über die Beitragsfreiheit.

Stadtrat Høyem (FDP): Herr Kollege Bimmerle, ich würde sehr gerne Vorlesungen von Ihnen hören. Ich kann vielleicht, weil es mein Beruf war, mein ganzes Leben lang Vorlesungen an verschiedenen Universitäten zu halten, etwas methodisch unterstützen. Aber Sie habe gute Anlagen. Denn oft sind Ihre Reden in unserem Gemeinderat kleine Vorlesungen.

Herr Kollege Cramer, ich habe gesagt, ich habe großen Respekt vor der Arbeit, die in den Kindergärten, auch hier in Deutschland, gemacht wird. Aber, ob Sie das wünschen oder nicht, es ist eine Tatsache, dass die Ausbildung zu Pädagogen in den Kindergärten hier nicht auf der gleichen Ebene, wie in vielen anderen Ländern ist. Beispielsweise ist es für in Deutschland ausgebildete Pädagogen nicht möglich, in Kindergärten in anderen Ländern, beispielsweise Frankreich, zu arbeiten, weil es ganz einfach später in Deutschland angekommen ist, dass es nicht eine Betreuungsanstalt ist, sondern ein pädagogischer Teil der Bildungslandschaft. Es ist keine negative, es ist eine konstruktive Kritik. Deutsche Pädagogen können auf der anderen Seite der

Grenze, beispielsweise in Frankreich, nicht arbeiten. Wir sollten eine noch bessere Ausbildung für die Pädagogen haben.

Stadträtin Fenrich (AfD): Das Meiste wurde schon wieder vorweggenommen. Auch meine Fraktion stimmt dieser Beschlussvorlage zu, was die Beitragsreduzierung für die Kitas anbelangt. Wir sehen, dass wir durch diese Erhöhung auf einem guten Weg sind und einen guten Schritt weitergekommen sind, hinsichtlich einer beitragsfreien Kita. Wir können stolz sein als Stadt, wenn wir das heute entscheiden, dass wir den Familien sagen können, noch einmal ca. 10 % der Familien, die ihre Kinder in Kitas geben, werden hiervon profitieren. Von daher ist es eine gute Sache, eine gute Ausarbeitung. Die tragen wir voll mit.

Der zweite Punkt, der in dieser Beschlussvorlage angesprochen wurde, ist die Anhebung der Eckbeiträge, auch in diesem Änderungsantrag, der hierzu eingegangen ist. Dazu ist zu sagen, dass wir uns als Fraktion an das anschließen, was die Stadtverwaltung vorgegeben hat. Sie verweisen richtigerweise darauf, dass 2019 der Erstkinderzuschuss deutlich erhöht wurde. Nach dieser Beschlussvorlage ist es so, wenn es denn der Haushalt hergeben wird, das müssen wir erst noch sehen, dass noch einmal ein Beitragszuschuss erfolgen wird. Von daher glauben wir, dass diese Dinge kompensiert werden. Von dem abgesehen ist dieser Eckbetrag kein Betrag, den die Eltern zusätzlich zahlen müssen, sondern es ist ein Betrag, der sich an der Kostenentwicklung orientiert. Von daher 100 % Zustimmung zur Beschlussvorlage. Den Änderungsantrag können wir nicht mittragen.

Noch einmal zum Haushalt: Es wird, das wissen wir alle hier im Raum, sehr schwierig sein. An allen Ecken und Enden werden Maßnahmen getroffen werden müssen, die wahrscheinlich zu Reduzierungen führen werden. Wir hoffen, dass wir die Familien, insbesondere die Familien mit Kindern, unterstützen können. Wir hoffen, dass wir ein gutes Ergebnis bei den Haushaltsberatungen hinbekommen. Wie gesagt, Beschlussvorlage ja, Änderungsantrag nein.

Der Vorsitzende: Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass ich glaube, dass diese Beschlussvorlage schon ein struktureller Meilenstein ist, völlig abseits davon, was am Ende durch den Änderungsantrag dann verändert wird oder nicht. Ich möchte mich bei allen bedanken, auch bei der ganzen Abstimmung mit der Politik. Es spiegelt noch einmal den Versuch wieder, vor allem zwischen den verschiedenen Trägern und ihren Beitragsstrukturen so etwas wie eine Gesamtlinie zu finden, an der sich dann ein Stück weit auch alle orientieren sollen. Das ist, finde ich, noch einmal ganz wichtig, damit am Ende nicht die einzelnen Beitragsunterschiede der Träger entscheidend dafür sind, für welchen Träger man sich entscheidet. Es wäre die Wunschvorstellung, dass man sich möglichst nach einem pädagogischen Konzept jeweils die Einrichtung auswählen kann.

Nun treffen sich bei den Kitas drei Bereiche. Das eine ist der Betreuungsanspruch. Da gibt es einen Rechtsanspruch. Den Betreuungsanspruch kann man gut oder schlecht umsetzen. Das hat etwas mit Personalausstattung und Refinanzierung der Träger zu tun. Da sollten wir uns noch einmal auf die Schulter klopfen. Bei der letzten Bertelsmann-Studie ist herausgekommen, dass Baden-Württemberg bundesweit den höchsten Betreuungsschlüssel hat. Innerhalb von Baden-Württemberg hat der Stadtkreis Karlsruhe noch einmal den höchsten Betreuungsschlüssel, so dass wir an der Stelle feststellen können, rein quantitativ und rein qualitativ kommen wir unserer Verantwortung für das Thema Betreuung nach, auch wenn ich mir noch mehr Ganztagsplätze wünschen würde, weil das für viele Familien noch einmal ein wichtigeres Angebot wäre.

Dann hat das Ganze einen sozialpolitischen Aspekt. Der hat auch etwas mit uns als Kommune zu tun. Für Betreuung war der Bund zuständig, aber wir müssen es umsetzen, und wir tun es. Bei der Sozialpolitik sind wir zuständig. Da gehen Sie mit dieser Finanzierungssystematik noch einmal einen Schritt weiter, denn über die anerkannten Bedarfsgrenzen sind wir schon 10 % hinaus. Jetzt legen wir noch einmal 10 % drauf. Ich finde, da wird noch einmal eine ganz besondere Verantwortung sichtbar. Das ist auch unsere Zuständigkeit.

Dann gibt es einen dritten Aspekt. Der betrifft das Thema Bildung und Bildungsgerechtigkeit. Für das Thema Bildung ist nach Landesverfassung das Land zuständig. Deswegen ist die Argumentation völlig richtig, zu sagen, warum soll denn die Schule etwas kosten und die Bildungseinrichtung Kindertagesstätte nicht. Ich bin auch der Meinung, dass wir beitragsfreie Kitas haben sollten. Aber es ist primär nicht in unserer Zuständigkeit und daher eigentlich eine freiwillige Leistung, die wir uns leisten können müssen. Ich muss leider feststellen, dass ich, wenn ich mir den Ausbau der Kitas quantitativ und qualitativ anschau, wenn ich mir unsere sozialpolitische Aufgabe anschau, dass wir einen größeren Kreis von Eltern in eine Beitragsfreiheit nehmen können, im Moment nicht die finanziellen Möglichkeiten sehe, auch noch den Bildungsauftrag zu 100 % zu übernehmen und es für alle beitragsfrei zu stellen. Wenn wir nicht immer mehr in diese Schere hineinlaufen wollen, bedeutet es, dass die Eltern, die noch Beiträge zahlen müssen, gegebenenfalls auch einmal ein bisschen an den Preisanstieg in ihren Beiträgen angepasst werden sollten. Das nicht, weil ich nicht gerne Beitragsfreiheit hätte, sondern weil das immer auch eine Frage der finanziellen Möglichkeiten ist.

Deswegen lehnt die Verwaltung diesen Änderungsantrag heute ab. Auch wenn sie das von der Zielsetzung her grundsätzlich befürworten würde. Ich möchte noch einmal ausdrücklich darauf hinweisen, es ist ein strukturpolitischer Meilenstein. Aber die Umsetzung wird erst in den Haushaltsberatungen gemeinsam festgelegt, zu welchem Zeitpunkt in absehbarer Zeit oder nicht ganz absehbarer Zeit wir glauben, dass wir das unterbringen. Das auch noch einmal als Position der Verwaltung.

Wir kommen zum interfraktionellen Änderungsantrag, der begehrt, die Ziffern 4 und 5 bei der Beschlussvorlage auszutauschen. Da bitte ich Sie jetzt um Ihr Kartenzeichen. – Ich sehe 31 Zustimmungen, dann wären es 16, die das abgelehnt haben. Das ist eine mehrheitliche Annahme dieses Änderungsantrags.

Dann kommt die Beschlussvorlage mit der Veränderung durch den Änderungsantrag jetzt zur Abstimmung. Da bitte ich auch um das Kartenzeichen. – Ich sehe nur gelbe Karten. Damit eine einstimmige Annahme.

Noch einmal einen Dank an alle, die das vorbereitet und auch politisch miteinander abgestimmt haben.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
10. August 2020